

# Sächsische Zeitung

DIPPOLDISWALDER ZEITUNG

FREITALER ZEITUNG

10.03.2020

Druckausgabe

Dippoldiswalde

06.03.2020 09:53 Uhr

## Was der Minister zu Brunnendörfern sagt

Allein auf den Freistaat zu hoffen, funktioniert nicht. Auch die Kommunen und die privaten Eigentümer müssen für Wasseranschlüsse bezahlen.



Der Klingenger Ortsteil Friedersdorf soll in Kürze eine zentrale Trinkwasserversorgung bekommen. Hier sind Kosten von 8.000 Euro für die einzelnen Hauseigentümer zu erwarten. Woanders reicht das bei Weitem nicht. © Egbert Kamprath

Von Franz Herz 2 Min. Lesedauer

Als Sachsens neuer Umweltminister Wolfram Günther (Grüne) sich in Klingenberg über die Wasserversorgung kundig machte, nahm er auch Stellung zur Situation der sogenannten Brunnendörfer. In diesen Orten, die noch nicht an eine zentrale Wasserversorgung angeschlossen sind und sich aus privaten Hausbrunnen versorgen, hatten im vergangenen trockenen Jahr viele Haushalte Probleme, das nötige Trinkwasser zu bekommen. Teilweise fuhren Wasserwagen.

Mehrere Orte im Osterzgebirge sind davon betroffen, Ortsteile von Altenberg, Glashütte oder Klingenberg sowie die Gemeinde Hermsdorf im Erzgebirge. Die neue Regierung hat Hilfe für den Anschluss dieser Orte an die zentrale Wasserversorgung in ihr Sofortprogramm aufgenommen, erklärte der Minister.

Allerdings wies er darauf hin, dass der Freistaat Sachsen nicht allein für die Wasserversorgung verantwortlich sei. Er sei einer von drei Akteuren. Der zweite sind die Kommunen, die in der Weißeritzregion gemeinsam den Wasserzweckverband Weißeritzgruppe gebildet haben, und drittens sind die privaten Hauseigentümer auch selbst in der Pflicht, etwas für ihre Wasserversorgung zu tun.

Ulrich Kraus, der im Ministerium für die Wasserversorgung verantwortlich ist, verwies auf die geltende Richtlinie, die eine Förderung von 65 Prozent für den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung vorsieht. 3.500 Einwohner seien in der ersten Förderrunde für die Wasseranschlüsse erfasst.

Verschiedene Orte, in denen trotz Förderung fünfstellige Kosten auf einzelne Hausbesitzer zukommen, sind aber bisher noch nicht mit einbezogen. Hier laufen die Verhandlungen noch.